



UN-Welternährungsausschuss: Bundesregierung setzt sich für klare Leitlinien bei Investitionen in die Landwirtschaft ein

UN-Welternährungsausschuss: Bundesregierung setzt sich für klare Leitlinien bei Investitionen in die Landwirtschaft ein
Das Bundeslandwirtschaftsministerium will die Erarbeitung von Prinzipien für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft bei der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO vorantreiben. Zum Treffen des Welternährungsausschusses (CFS) in Rom sagte der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Robert Kloos: "Die FAO schätzt ein Wachstum der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf rund 9,3 Milliarden Menschen. Um diese Menschen zu ernähren, müssen weltweit rund zwei Drittel mehr Nahrungsmittel erzeugt werden als bisher. Das kann nur mit massiven Investitionen in die Landwirtschaft vor Ort funktionieren, die verantwortungsvoll und unter Berücksichtigung der lokalen Bevölkerung erfolgen müssen." Derzeit werden die meisten Investitionen von Kleinbauern getätigt. Daher ist es entscheidend, dass sie besseren Zugang zu Bildung, Gesundheit und Märkten erhalten. Bei größeren Investitionen müssen lokale Bevölkerung und Kleinbauern einbezogen werden, damit ihre Interessen und Unternehmen eine Orientierung und gute Instrumente an die Hand zu geben für verantwortungsvolle Investitionen in Land und in die Landwirtschaft vor Ort. Erste Entwürfe für die Leitlinien werden in dieser Woche im Rahmen des Welternährungsausschusses vom 7. bis 11. Oktober in Rom beraten. Der Prozess soll bis zum kommenden Jahr mit einem gemeinsamen Beschluss über die so genannten RAI-Leitlinien (Responsible Agriculture Investment) abgeschlossen werden. Der vor wenigen Tagen erschienene Bericht der Welternährungsorganisation FAO über die Lage der Welternährung zeigt, dass in vielen Entwicklungsländern die Versorgung mit Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist, sondern nach wie vor eine ernste Herausforderung. Noch immer hungern 842 Millionen Menschen. Eine leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft ist einer der Schlüssel zur Überwindung von Hunger und Armut. Deshalb ist es wichtig, verbessertes Saatgut, Produktionstechnik und Managementwissen, die an die Verhältnisse vor Ort angepasst sind, verfügbar zu machen. Hierzu unterstützt das Bundeslandwirtschaftsministerium verschiedene Ausbildungsprojekte, zum Beispiel in Äthiopien. Auch in Kenia, Tansania, Malawi, Sierra Leone und Kambodscha sowie länderübergreifend in Afrika fördert das BMELV über die FAO Projekte zur Verbesserung der Ernährungssicherheit. Darüber hinaus werden in Afghanistan drei landwirtschaftliche Ausbildungs- und Entwicklungszentren für Frauen aufgebaut.
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08
Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79
Mail: pressestelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.